

Putins Angriff auf die Ukraine

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	S. 2
Anlass und Problemstellung	S. 2
Die Quellen.....	S. 3
Die Ergebnisse	S. 4
Die Narrative	S. 4
Psychologische Aspekte	S. 8
Weitere Faktoren	S. 11
Deutschland	S. 11
Internationale Beziehungen.....	S. 12
Resümee	S. 13
Ausblick	S. 14
Persönliche Schlussbemerkung	S. 15

„Wenn irgendwo zwischen zwei Mächten ein noch so harmlos aussehender Pakt geschlossen wird, muss man sich sofort fragen, wer hier umgebracht werden soll.“

Otto von Bismarck, deutscher Reichskanzler 1871 - 1890

Vorbemerkung

Dieser Artikel fasst die Ergebnisse der gleichnamigen Arbeit zusammen, ohne die in dieser verwendeten Quellen darzustellen. Da der Artikel im Original 77 Seiten (ohne Anhang) umfasst und daher für einen Teil der an der Thematik interessierten Menschen nur schwer lesbar sein dürfte, habe ich mich zur parallelen Veröffentlichung dieser Kurzfassung entschlossen. Auf Quellenangaben und weiterführende Links habe ich hier verzichtet; diese finden Sie vollumfänglich in der Langfassung.

Anlass und Problemstellung

Am Morgen des 24. Februar 2022 haben auf Anordnung des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Wladimirowitsch Putin, russische Truppen einen Angriff auf das Nachbarland Ukraine gestartet. Bereits seit geraumer Zeit hatten die in der Europäischen Union (EU) zusammengeschlossenen Länder, die NATO und die USA mit großer Besorgnis registriert, dass die Russische Föderation (Russland) immer größere Truppenverbände an der Grenze zur Ukraine konzentrierte. Zudem wurden um den 12. Februar 2022 herum weitere Truppen zur Durchführung von Manövern in das ebenfalls der Ukraine benachbarte Belarus entsandt. Da bereits im Jahr 2014 die Halbinsel Krim in einer handstreichartigen Aktion von Russland annektiert worden war und nahezu gleichzeitig die zum ukrainischen Donbass gehörenden Regionen Donezk und Luhansk mit offensichtlicher russischer Unterstützung von Separatisten besetzt worden waren (was zu seitdem andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen in diesen Gebieten führte), wurde dies nicht nur in der Ukraine selbst, sondern auch von den eingangs genannten Ländern als Vorbereitung für einen (weiteren) bewaffneten Angriff auf die Ukraine gewertet.

Zwar wurden derartige Absichten von russischer Seite immer wieder abgestritten; da die Geheimdienste der in der NATO zusammengeschlossenen Länder jedoch immer wieder betonten, über zuverlässige Hinweise auf einen bevorstehenden derartigen Angriff zu verfügen, hatte es in den Tagen und Wochen zuvor vielfältige diplomatische Aktivitäten mit dem Ziel gegeben, die entstandene Krise auf friedlichem Wege zu lösen. In diesen Verhandlungen wurde einerseits Russland für den Fall eines Angriffs der Ukraine mit schärfsten Wirtschaftssanktionen gedroht, andererseits wurden allerdings auch Versuche unternommen, den russischen Sicherheitsbedürfnissen entgegenzukommen, die sich vornehmlich daraus ergeben, dass sich das westliche

Verteidigungsbündnis NATO in den Jahren nach der Jahrtausendwende teils bis an die Grenzen Russlands ausgedehnt hat. Noch am 14. Februar 2022 war der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz zunächst in die ukrainische Hauptstadt Kiew und einen Tag später nach Moskau gereist, um in dem Konflikt zu vermitteln. Diese Reise wurde von durchaus widersprüchlichen Moskauer Signalen begleitet: Einerseits behauptete das russische Verteidigungsministerium (unterlegt durch entsprechende im Fernsehen verbreitete Bilder), nach dem Ende der gemeinsamen Manöver mit den belarusischen Streitkräften würden Truppen von der ukrainischen Grenze abgezogen; parallel zum Aufenthalt von Olaf Scholz in Moskau wurde dann jedoch gemeldet, das russische Parlament (Duma) habe Präsident Putin aufgefordert, die besetzten Gebiete der Ukraine als unabhängige „Volksrepubliken“ anzuerkennen.

Im Anschluss daran hat Putin am 21. Februar 2022 diese Anerkennung vollzogen. Gleichzeitig wurde der Abschluss eines Freundschafts- und Beistandspaktes mit diesen „Volksrepubliken“ bekanntgegeben, und noch am selben Abend billigte der Föderationsrat (das „Oberhaus“ des russischen Parlaments) ein Dekret des Präsidenten, das den Einsatz der russischen Streitkräfte auch im Ausland ermöglicht. Bemerkenswert ist hierbei, dass der Begriff „Ausland“ in diesem Dekret nach den vorliegenden Informationen nicht näher eingegrenzt wird.

Dieser Vorgang mit der finalen Konsequenz eines militärischen Angriffs auf ein souveränes Land und damit des Versuchs der Verschiebung völkerrechtlich festgelegter Grenzen in Europa verlangt nach einer Beleuchtung der Hintergründe, insbesondere der von Putin immer wieder ins Feld geführten gemeinsamen Geschichte Russlands und der Ukraine („Wir sind ein Volk.“). Wie konnte es zu einer Entwicklung mit diesem schrecklichen Ergebnis kommen, welche Fehler, welche Missverständnisse führten dazu, dass ein Krieg zwischen „Brudervölkern“ ausbrechen konnte?

Die Quellen

Um dies herauszufinden wurde zunächst untersucht, ob und inwieweit Russland und die Ukraine gemeinsame Wurzeln und eine gemeinsame Geschichte haben, in einem zweiten Schritt wurde der Frage nachgegangen, ob es im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten bzw. der Verhandlungen hierzu Zusagen an die Sowjetunion bzw. deren Rechtsnachfolger, die Russische Föderation (Russland) gab, die NATO werde sich nicht weiter nach Osten ausdehnen. Neben einer Darstellung der historischen Abläufe wurde auch untersucht, ob sich aus der 1997 vereinbarten NATO-Russland-Grundakte Hinweise auf etwaige Zusagen an Russland, aber auch auf Versäumnisse im Hinblick auf den Umgang des Westens mit von Russland ge-

äußerten Bedenken und Befindlichkeiten in dieser Frage ergeben; neben dem Dokumenttext selbst wurden hierzu ergänzende Quellen herangezogen.

Wesentlich für das Verständnis der Gesamtsituation dürfte ein Verständnis der Positionen und der Denkweise des russischen Präsidenten Wladimir Putin sein. Nach einer Kurzbeschreibung seiner Person und seines Werdegangs wurden daher folgende Dokumente näher dargestellt und auf die Frage geprüft, ob sich aus ihnen (frühe) Hinweise auf seine Absichten insbesondere in Bezug auf die Ukraine ergeben und ob „der Westen“ hieraus die richtigen Schlussfolgerungen zog oder sich eher Versäumnisse vorwerfen lassen muss:

- Die Rede vor dem Deutschen Bundestag, gehalten am 25. September 2001;
- die Rede auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz vom 9. Februar 2007;
- der Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ vom 12. Juli 2021;
- die Rede vom 21. Februar 2022, mit der er die zuvor von der Duma geforderte Anerkennung der Unabhängigkeit der Republiken Donezk und Luhansk auf dem Territorium der von Separatisten besetzten Teile des Donbass begründet;
- die Kriegserklärung an die Ukraine vom 24. Februar 2022

Die Ergebnisse

Wie aber konnte es zu einer Entwicklung kommen, die letztlich in einen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mündete? Welche Faktoren, welche Umstände, welche Versäumnisse haben dazu beigetragen, dass die Russische Föderation, die allgemein als Rechtsnachfolgestaat der UdSSR, der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, angesehen wird, ein früheres Mitglied eben dieses Staatsgebildes mit militärischen Mitteln angreift und offenbar zu vernichten, auszulöschen trachtet?

Narrative

Betrachtet man die vorstehend zusammengetragenen Fakten und Dokumente, so drängt sich der Eindruck auf, dass in der Entwicklung Narrative offenbar eine entscheidende Rolle spielen. Diese könnte man – in der Reihenfolge ihrer Entstehung geordnet – etwa wie folgt zusammenfassen:

- 1) Russland wurde versprochen, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnt.
- 2) Russland hat bezüglich der NATO-Osterweiterung kein Vetorecht.
- 3) Russen und Ukrainer sind ein Volk; die Ukraine kann aus historischer Sicht keine Eigenstaatlichkeit beanspruchen.

4) Die Ukraine wird von Neonazis regiert.

Zu 1) Diese These kann aus den untersuchten Quellen weder bestätigt noch widerlegt werden. Unbestreitbar dürfte sein, dass es im Zusammenhang mit den Verhandlungen und Gesprächen über eine Vereinigung von BRD und DDR mündliche Erklärungen hochrangiger Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Großbritannien und Frankreich gab, die die sowjetischen Verhandler jedenfalls glauben lassen konnten, dass sich die NATO nach der deutschen Vereinigung nicht über dessen Staatsgebiet hinaus ausdehnen würde. Spätere Interpretationen der westlichen Seite, dass mit diesen Aussagen lediglich eine Ausdehnung der militärischen Infrastruktur der NATO auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeschlossen worden sei, lassen sich anhand der öffentlich zugänglichen Quellen nicht zweifelsfrei bestätigen. Endgültigen Aufschluss könnten für den Verfasser nicht zugängliche Dokumente bzw. Unterlagen liefern, die offenbar im US-Außenministerium lagern. Nicht unbeachtlich ist allerdings der Einwand, dass es zu dieser Zeit in dieser Frage noch gar keine konkreten Zusagen habe geben können, da der Warschauer Pakt noch bestand und folglich eine Erweiterung der NATO um einen oder mehrere dieser Staaten nicht anstehen konnte.

zu 2) In der NATO-Russland-Grundakte ist zweifelsfrei festgehalten, dass Russland ein Vetorecht bezüglich einer Erweiterung der NATO um beitragswillige Staaten nicht zusteht. Allerdings sind in diesem Dokument Konsultationsmechanismen vereinbart, die es zumindest theoretisch ermöglicht hätten, Modalitäten eines Beitritts von ehemals dem Warschauer Pakt angehörenden Staaten in die NATO zu besprechen. Dies wäre dringend angeraten gewesen angesichts der Tatsache, dass die russische Seite bereits vor dem Beginn der Verhandlungen zum Abschluss dieser Vereinbarung ihre Ablehnung einer Erweiterung der NATO auf ehemals dem Warschauer Pakt angehörende Staaten sehr deutlich gemacht hat und insbesondere eine Aufnahme der baltischen Staaten und der Ukraine als nicht hinnehmbar charakterisiert wurde. Es erscheint unerklärlich, dass dieses Instrument allem Anschein nach niemals genutzt worden ist, obwohl im Laufe der Jahre die russische Ablehnung der Aufnahme immer weiterer Staaten Osteuropas in die NATO immer deutlicher wurde. Insoweit kann der aus meiner Sicht durchaus berechtigte Vorwurf erhoben werden, die NATO habe jedenfalls mit der konkreten Ausgestaltung der Osterweiterung des Bündnisses gegen den Geist der NATO-Russland-Grundakte verstoßen.

zu 3) Die von Wladimir Putin aufgestellte Behauptung, Russen und Ukrainer seien „ein Volk – ein einziges Ganzes“, dürfte aus historischer Sicht nicht wirklich haltbar sein (ein abschließendes Urteil zu dieser Frage mögen Völkerkundler treffen; allerdings habe ich große Zweifel, ob dies nach den seit dem 24. Februar 2022 eingetretenen Ereignissen noch irgendeinen Wert besitzen würde). Unbestreitbar sind gemeinsame Ursprünge beider Völker und eine Geschichte, in der es immer wieder Berührungspunkte und Zeiten eines gemeinsamen Weges gegeben hat. Ebenfalls unbestreitbar und zugleich von extremer Tragik gekennzeichnet ist die gemeinsame Geschichte in der Zeit der Sowjetherrschaft; einerseits gab es aus der Ukraine stammende Politiker – insbesondere in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg –, die die Politik der UdSSR entscheidend mitbestimmt und -geprägt haben, andererseits das unglaubliche Leid, das gerade der ukrainischen Bevölkerung und insbesondere den Bauern dieses Landesteils unter der Stalin-Herrschaft zugefügt worden ist. Allerdings zeigt der Blick in die Geschichte, dass es offenbar bereits im 14. Jahrhundert ein eigenstaatliches Gebilde auf dem Gebiet der heutigen Ukraine gab und auch die Herrschaft über dieses häufig wechselte. Wenngleich deutlich wird, dass die Bevölkerung dieses Gebietes im Verlauf der Geschichte Russland häufig als eine Art „Schutzmacht“ angerufen hat, dürfte all das nicht ausreichen, dass Narrativ „eines einzigen Volkes“ von Russen und Ukrainern im wissenschaftlichen Diskurs Bestand haben zu lassen. Angesichts der unbestreitbaren Verbindungen und Gemeinsamkeiten zwischen beiden Nationen kann man aber sehr wohl von „Brudervölkern“ sprechen.

Ein besonderes Problem in den Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine stellt die Halbinsel Krim dar. Putin reklamiert in dieser Frage, diese Halbinsel habe immer zu Russland gehört und sei zu Zeiten der Sowjetunion unter Verletzung der seinerzeit geltenden Rechtsnormen der Ukraine zugeschlagen worden. Da sie bei Gründung der Sowjetunion nicht zur Ukraine gehört habe, könne die im Zuge von deren Zerfall unabhängig gewordene Ukraine keinen Anspruch auf dieses Gebiet erheben. Tatsächlich gehört die Krim offiziell seit 1783 zu Russland, aber eben erst seitdem. De facto handelt es sich also um ein irgendwann erobertes Gebiet. Ob ein solches gewissermaßen „für immer und ewig“ dem Staat zugeordnet werden muss, der es einst in sein Staatsgebiet eingliederte, mögen meinetwegen Historiker entscheiden; als zwingend wird man einen solchen Schluss wohl kaum betrachten können. Etwas anders könnte die Beurteilung liegen, was die neuerliche Zuordnung der Krim zur Ukraine aus der Sowjetzeit betrifft: hier belegen die Quellen recht eindeutig, dass der hierfür verantwortliche Generalsekretär der KPdSU (und somit faktische

Staatschef der UdSSR), Nikita Chruschtschow, eigenmächtig und unter Missachtung geltenden Rechts handelte. Allerdings ist Putins Hasstiraden auf „die Bolschewiki“ und die von ihnen betriebene „Ausplünderung Russlands“ in diesem Punkt wohl entgegenzuhalten, dass diese radikale Gruppe später in der Kommunistischen Partei aufging; folglich wäre Putins Sichtweise mit speziellem Bezug auf die Krim allenfalls dann akzeptabel, wenn er die KPdSU von 1954 mit diesen gleichsetzen wollte. Nach alledem ist zu erwarten, dass dieses Gebiet auch künftig ein Zankapfel zwischen Russland und der Ukraine sein wird – es sei denn, Putin gelänge es, die gesamte Ukraine zu besetzen und letztlich zu annektieren.

zu 4) Insbesondere dieses Narrativ ruft immer wieder Unverständnis hervor. Der ukrainische Präsident Selenskyj hat hiergegen mehrfach eingewendet, wie könne er als russisch-stämmiger Jude denn bitteschön einem Regime von Neonazis vorstehen. Dieser Einwand ist hinsichtlich der aktuellen Situation sicherlich berechtigt; dennoch haben die Recherchen zu dieser Arbeit ergeben, dass dieses Narrativ einer realen Grundlage nicht völlig entbehrt. Diese ergibt sich offensichtlich aus den Ereignissen in Odessa im August 2014, bei denen im Gefolge des „Euromaidan“ unter maßgeblicher Beteiligung einer rechtsextremen Gruppierung Angehörige der russischstämmigen Bevölkerungsgruppe getötet wurden, was trotz entsprechender Aufforderungen seitens der Vereinten Nationen von den ukrainischen Behörden niemals vollständig aufgeklärt wurde. Zudem scheint es immer noch eine Verehrung von Nationalisten zu geben, die im Zweiten Weltkrieg mit den deutschen Besatzern der Ukraine kollaboriert haben. Zwar fehlen mir die Mittel, diese Behauptungen Putins zu überprüfen; sollten sie jedoch auch nur ansatzweise zutreffen, so ist dies wahrlich eine geradezu willkommene Grundlage für dieses Putin'sche Narrativ, mit dem er selbstverständlich in seinem Land Unterstützer gewinnen kann, wird doch in Russland die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ gegen Nazi-Deutschland noch immer lebendig gehalten, was angesichts der erlittenen Opfer nur allzu verständlich ist.

Ein fünftes Narrativ lässt sich aus der Kriegserklärung an die Ukraine vom 24. Februar 2022 ableiten: „Die USA streben nach der Weltherrschaft.“ Putin führt in dieser Rede Beispiele an, mit denen er das Hegemoniestreben der USA zu belegen gedenkt. In der Tat ist es so, dass sich die USA immer wieder mit militärischen Mitteln in Konflikte einmischen, wenn sie ihre Interessen beeinträchtigt sehen, und hierbei auch längst nicht in allen Fällen in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Normen handeln. Ebenso richtig – und aus der Sicht eines um Neutralität bemühten Beobachters höchst bedenklich – ist es, dass sie hierfür in nicht einem einzigen Fall zur

Rechenschaft gezogen worden sind, während Russland (bzw. auch die UdSSR) in solchen Fällen immer mit Sanktionen belegt worden ist (die allerdings, wie der Ausbruch dieses Krieges zeigt, nicht immer hinreichend konsequent waren). Dass angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen bei russischen Politikern – insbesondere bei so auf nationale Werte bedachten wie Wladimir Putin – ein Gefühl von ungerechter Behandlung und Benachteiligung entsteht, darf nun wirklich nicht weiter verwundern. Hinzukommen dürfte noch, dass Politiker wie Putin das autokratische Herrschaftssystem für ebenso überlegen halten wie westliche Politiker das demokratische. Und eine Analyse der Gesamtumstände des hier behandelten Konflikts kommt wohl ziemlich rasch zu dem Ergebnis, dass Putin weniger die Ukraine als solche fürchtet als den Import „westlicher“ Werte in sein eigenes Land, weil er bei einem solchen um seine Macht fürchten muss.

Psychologische Aspekte

Mit dem Zerfall der Sowjetunion zerbrach eine von Russland dominierte Weltmacht. Das führte – ziemlich automatisch und vorhersehbar – dazu, dass (zu diesem Zeitpunkt; wir reden von den 1990-er Jahren) nur noch eine Weltmacht übrig blieb: die USA. Niemand wird bestreiten wollen, dass Macht korrumpiert; so war es auch in diesem Fall. Selbstverständlich glaubten die dort Verantwortung tragenden Politiker, nach dem Wegfall des Gegengewichts UdSSR der Welt weitestgehend ihren Stempel aufdrücken zu können, hatte sich doch der ehemalige „Erzfeind“ selbst auf den Weg in eine Demokratie begeben. Zudem war dieses „neue Russland“ wirtschaftlich schwach, auf Geld aus „dem Westen“ angewiesen und somit – etwa was Abrüstungsverträge anging – leicht in die gewünschte Richtung zu lenken. Übersehen wurde jedoch, dass dieses zarte Pflänzchen „Demokratie“ im „neuen Russland“ schon sehr bald zu welken begann. Wir wissen heute, dass bereits die Wiederwahl des „Hoffnungsträgers“ Boris Jelzin 1996 nur unter Einsatz massiver Korruption und selbst unter diesen Umständen nur mit knapper Not gelang. Mit dem Beginn der regulären Präsidentschaft Wladimir Putins nach der Wahl vom 26. März 2000 begann sich die Russische Föderation zu wandeln und war bald nur noch pro forma ein demokratischer Staat. Zweifelhaft ist, inwieweit (und falls ja, ab wann) diese Entwicklung „im Westen“ tatsächlich wahrgenommen wurde. Tatsache ist, dass so bei Wladimir Putin ein neues Selbstbewusstsein entstand, das er immer mehr auf den von ihm geführten Staat übertrug.

Es scheint, dass diese Entwicklung vom „Westen“ lange Zeit übersehen worden ist – was ihn zu Fehlern verleitete. Aus psychologischer Sicht einen der größten beging wohl der seinerzeitige US-Präsident Barack Obama, als er im März 2014 Russland

als „Regionalmacht“ abqualifizierte. So etwas konnte ein Machtmensch wie Wladimir Putin wohl kaum ertragen – entsprechend dürfte er sich schon damals vorgenommen haben, zu gegebener Zeit hierauf zu reagieren. Es fällt auf, dass nach der „Abrüstungseuphorie“ in den 1990-er und 2000-er Jahren ab der Mitte des vergangenen Jahrzehnts immer mehr Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungs-Verträge zwischen den USA und Russland – meist wegen angeblicher Verletzung durch den Vertragspartner – gekündigt und Verhandlungen zu Folgeabkommen gar nicht erst aufgenommen oder von vornherein abgelehnt wurden. Dies belegt, dass angesichts des gewachsenen Selbstvertrauens Russlands die verantwortlichen Politiker in den USA möglicherweise verunsichert worden sind, auf jeden Fall aber nicht in der Lage zu sein scheinen, mit einer solchen „Position der Stärke“ adäquat (etwa durch das Angebot von Verhandlungen „auf Augenhöhe“) umzugehen – mit fatalen Folgen, wie sich jetzt zeigt.

Eine psychologische Fehleinschätzung liegt – es wurde bereits angedeutet – auch beim Umgang mit der so genannten NATO-Osterweiterung vor. Mein erster Gedanke, als ich seinerzeit von der Auflösung des Warschauer Pakts erfuhr, war: „Jetzt wäre es doch an der Zeit, dass sich auch die NATO auflöst.“ Die Bedrohung durch die Sowjetunion war geschwunden, und für mich als durchaus friedensbewegten Laien war somit die Daseinsberechtigung auch für das westliche Verteidigungsbündnis nicht mehr existent: Wo gibt es noch etwas zu verteidigen, wenn die Bedrohung durch den „Erzfeind“ nicht mehr gegeben ist? (Man mag hiergegen – aus heutiger Sicht – einwenden, dass ja die NATO gute Arbeit bei der Bekämpfung des seinerzeit noch gar nicht absehbaren internationalen Terrorismus geleistet habe. Dem lässt sich wiederum – ebenfalls aus heutiger Sicht – entgegenhalten, dass letztlich auch die in diesem Zusammenhang durchgeführte Afghanistan-Mission kläglich gescheitert ist.) Dass allem Anschein nach insbesondere die USA stattdessen nicht nur an der NATO festgehalten, sondern sogar deren Erweiterung nach Osteuropa ohne Rücksichtnahme auf erklärte russische Befindlichkeiten vorangetrieben haben, muss mindestens als unsensibel, möglicherweise sogar als ein schwerer taktischer Fehler angesehen werden: Es drängt sich der Eindruck auf (ist aber zumindest nicht auszuschließen), dass man sich durch dieses Vorgehen den „Erzfeind“ aufs Neue herangezüchtet hat. Russland hatte ursprünglich angekündigt, bei einer Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO die Unterschrift unter die NATO-Russland Grundakte zurückzuziehen. Trotz dieser Drohung wurden diese Staaten aufgenommen, und Russland machte seine Ankündigung nicht wahr. Auch dies könnte – was immer die Beweggründe hierfür waren – ein taktischer Fehler gewesen sein: Möglicherweise hätten die USA einen solchen Schritt – völlig zu Recht – als einen „Schuss vor den

Bug“ betrachtet und eine weitere NATO-Osterweiterung oder zumindest deren Modalitäten auf den Prüfstand gestellt.

Ein weiterer – wenn auch sicher der am wenigsten beeinflussbare – psychologischer Aspekt der hier aufgezeigten Entwicklungen betrifft die Person Wladimir Putin als solche. Man halte es sich einmal vor Augen: Ein Mann arbeitet sich aus einfachen Verhältnissen hoch, wird Offizier im Geheimdienst eines Staates, der eben diesen Geheimdienst braucht, um im Innersten zusammengehalten zu werden. Dieser Mann wird in einem befreundeten Staat – böswillig könnte man auch sagen: in einem Protektorat seines Heimatlandes – eingesetzt und erlebt von dort – quasi von außen – den Zusammenbruch des politischen Systems seines Heimatstaates. Folglich ist ihm seine berufliche Grundlage, sein Einkommen, seine gesamte Lebensgrundlage weggebrochen. In seinem Heimatland muss er ganz von vorne anfangen, kommt bei einem ehemaligen Vertrauten – man könnte auch sagen: einem Gönner – unter und erlebt dessen Scheitern: eine demokratische Wahl hat ihn aus seinem Amt entfernt. Wieder steht unser Mann vor dem Nichts. Weil er in seiner vorherigen Tätigkeit Durchsetzungsvermögen bewiesen hat, holt ihn der – inzwischen auch mit durchaus zweifelhaften Mitteln, aber dem zu wahren Anschein noch auf demokratischem Wege wiedergewählte – gesundheitlich und politisch angeschlagene Präsident seines Landes in die Hauptstadt, macht ihn zu seinem Vertrauten und schließlich zu seinem Nachfolger: Unser Mann sitzt nun selbst an den Schalthebeln der Macht! Er hat es in der Hand, das System, das einst seine Lebens-, seine Existenzgrundlage war, wiederherzustellen. Und mehr noch als das: Er hat die Kenntnisse, die Fähigkeiten und sogar den Apparat dazu. Er, einst ein kleines Rädchen in einer gewaltigen Maschinerie, kann nun zum Kopf, zum Beherrscher dieser Maschinerie werden! Wer würde sich eine solche Chance entgehen lassen?

Boris Jelzin war gesundheitlich angeschlagen und kaum noch zur Amtsführung in der Lage, als er Putin nach Moskau holte. Man hatte ihn gebraucht, um einen Sieg des Kandidaten der Kommunistischen Partei zu verhindern, und nun brauchte er einen starken Mann als Nachfolger, der „den Laden zusammenhalten“ konnte. Putin schien hierfür geeignet zu sein. Erste Zweifel an seiner Wahl dürften Jelzin gekommen sein, als er Putin nach dessen Wahl zu seinem Nachfolger hierzu gratulieren wollte: Sein Anruf ging ins Leere, und den von ihm erbetenen Rückruf hat es nie gegeben. Kurz vor seinem Tod soll Jelzin geäußert haben, die Berufung Putins zu seinem Nachfolger sei der größte Fehler seines Lebens gewesen.

Weitere Faktoren

Diese Arbeit wurde mit der Zielsetzung begonnen, anhand von Fakten und Dokumenten zu erforschen, welche Faktoren und Umstände die Entwicklungen (weiter) begünstigt haben, die eine entstandene krisenhafte Situation in den Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine zu einem militärischen Angriff Russlands auf sein Nachbarland eskalieren ließen. Untersucht werden sollte dies anhand der historischen Fakten zur Entwicklung der beiden Länder sowie der europäischen bzw. transatlantischen Entwicklungen ab 1989/90. Weitere auf diesen Prozess der Eskalation einwirkende Faktoren sind bewusst aus der detaillierten Betrachtung ausgeklammert worden, weil ihr Einfluss offensichtlicher zu sein scheint. Dennoch scheint es sowohl angebracht als auch angemessen, sie kurz anzureißen.

Deutschland

Nachdem ab 1969 erstmals ein Sozialdemokrat Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland geworden war, trat ein grundlegender Wechsel in der so genannten Ostpolitik des Landes ein. Statt einer strikten Konfrontation, verbunden mit einer weitgehenden Ablehnung des in der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten osteuropäischen Ländern herrschenden kommunistischen Systems lautete das Motto nun: „Wandel durch Annäherung“. Viele Menschen – zu denen auch ich gehöre – sind noch heute der Auffassung, dass dieser Wechsel in der deutschen „Ostpolitik“ einen großen Beitrag für die Überwindung der deutschen Teilung leistete. Aber entscheidend waren am Ende doch die Reformpolitik Michail Gorbatschows und die seinerzeitige ökonomische Schwäche der Sowjetunion, die die Vereinigung von BRD und DDR Wirklichkeit werden ließen.

Die Politik Gorbatschows scheiterte jedoch im Ergebnis, die Sowjetunion wurde aufgelöst und die Russische Föderation trat ihre Rechtsnachfolge an. Deren Präsident wurde Boris Jelzin, seinerzeit als „Radikalreformer“ bezeichnet, der diesen Staat auf den Weg zur Demokratie zu führen schien – ganz im Sinne „des Westens“. Dass spätestens mit dem Amtsantritt Wladimir Putins sowohl dieser Weg als auch der des Versuchs einer Verständigung mit „dem Westen“ wieder verlassen wurde, scheint (auch oder zumindest) in Deutschland niemand so recht bemerkt zu haben, obwohl es erste Anzeichen hierfür bereits in seiner mit viel Beifall bedachten Rede vor dem Deutschen Bundestag vom September 2001 gab. Es mag sein, dass es in Deutschland eine Art kollektiver Dankbarkeit gegenüber Russland gab, die seine politisch verantwortlichen Menschen dies übersehen ließ. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden kontinuierlich ausgebaut, „Wandel durch Annäherung“ wurde durch „Wandel durch Handel“ abgelöst, und niemandem kam so recht in den Sinn, man könne sich ein

wenig zu sehr von dem ehemaligen „Erzfeind“ abhängig machen – den gab es ja so nicht mehr (zur Ehrlichkeit gehört hier zuzugeben, dass auch ich mir seinerzeit hierüber keine Gedanken gemacht habe – noch nicht).

An dieser Haltung änderte sich weder nach dem russischen Eingreifen in Georgien 2008 noch nach der Annexion der Krim und der Besetzung von Teilen des Donbass durch offensichtlich von Russland unterstützte Separatisten 2014 Grundlegendes. Zwar wurden insbesondere nach den Aktionen von 2014 internationale Sanktionen gegen Russland verhängt; diese machten jedoch zum einen einen eher halbherzigen Eindruck und hielten zum anderen Deutschland nicht davon ab, auch gegen den Widerstand insbesondere osteuropäischer EU-Mitgliedsländer mit Russland einen Vertrag über das Gaspipeline-Projekt Nordstream 2 abzuschließen (was nun allerdings bei mir eine ablehnende Verwunderung auslöste, weil ich dies mit den verhängten Sanktionen für keinesfalls vereinbar hielt). Es ist wahrlich kein Ruhmesblatt deutscher Politik, dass dieses Projekt erst am 22. Februar 2022 gestoppt wurde, einen Tag nach der Anerkennung der Donbass-„Volksrepubliken“ durch Wladimir Putin (mit der die Kriegserklärung an die Ukraine nur noch zu einer Frage der Zeit geworden war).

Internationale Beziehungen

Auch in den internationalen Beziehungen zu Russland und in der internationalen Politik allgemein gibt es Faktoren, die die Entwicklung der Ukraine-Krise zu einem russischen Angriffskrieg begünstigt haben könnten. So gab es in der Vergangenheit Militäraktionen der USA, deren Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht bzw. mit den Regeln der Vereinten Nationen durchaus zweifelhaft war, ohne dass jemals auch nur der Versuch unternommen worden wäre, sie dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Dass gegen Russland bzw. die Sowjetunion bei solchen Gelegenheiten sehr wohl vorgegangen worden ist, ist objektiv eine Ungleichbehandlung und somit nicht unbedingt geeignet, die internationalen Beziehungen in einem stabilen Gleichgewicht zu halten. Da mit dem russischen Angriff auf die Ukraine nun ohnehin die weltweite Sicherheitsarchitektur einschließlich der Funktionsweise der Vereinten Nationen zumindest hochgradig in Frage gestellt ist (was m.E. langfristig in eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen münden muss), sollte über dieses Problem gründlich nachgedacht und Maßnahmen zu dessen Beseitigung eronnen werden.

Zudem hat die internationale Gemeinschaft auf frühere Brüche des Völkerrechts nur mit eher halbherzigen Sanktionen gegen Russland reagiert. Hierfür mag es Beweggründe gegeben haben, ebenso wie es gegenwärtig Beweggründe dafür gibt, einen völligen Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland zu

vermeiden, obwohl die EU-Staaten auf diese Weise den russischen Krieg gegen die Ukraine mitfinanzieren. Im Ergebnis könnten diese Entscheidungen jedoch dazu beigetragen haben, Putin zum Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine zu ermutigen bzw. ihm die Entscheidung zu diesem zu erleichtern.

Ein weiteres Problem könnte das Verhalten der USA im Umgang mit den mit der Russischen Föderation bzw. evtl. noch mit der UdSSR geschlossenen und in den letzten Jahren aufgekündigten Abrüstungs- bzw. Rüstungsbegrenzungsverträgen sein. Selbst wenn die Wahrnehmung richtig gewesen sein sollte, dass die russische Seite – auf welche Weise auch immer – gegen deren Bestimmungen verstoßen hat, so stellt sich doch die Frage, ob nicht unverzüglich nach der erklärten Aufkündigung Verhandlungen über Folgevereinbarungen hätten aufgenommen werden sollen, um wenigstens den Versuch der Wiederherstellung eines „strategischen Gleichgewichts“ zu unternehmen. Entsprechende Angebote Russlands nicht wenigstens „pro forma“ anzunehmen und auf ihre Seriosität zu testen, halte ich mit Blick auf die Erhaltung des Weltfriedens für eine nicht wirklich als verantwortlich zu bezeichnende Position (nach meinem Eindruck ist genau dies geschehen).

Resümee

Was bei Ausbruch des Krieges, den Russland seit dem 24. Februar 2022 gegen die Ukraine führt, ein diffuses, unbestimmtes Gefühl war, hat sich in dieser Arbeit bestätigt: Es gab auf beiden Seiten, sowohl bei Russland als auch aufseiten „des Westens“, Narrative, Handlungen und Versäumnisse, die ihn wohl nicht herbeigeführt, ihn aber begünstigt haben mögen. Vielleicht ist es so, dass Wladimir Wladimirowitsch Putin vom ersten Tag seiner Präsidentschaft an den Plan oder zumindest die Vorstellung hatte, sich für die Zerstörung seines Lebens durch den Zerfall der Sowjetunion (oder die durch diesen Zerfall empfundene Schmach) zu rächen und die historische Größe Russlands wiederherzustellen. Es ist ebenso möglich, dass dieser Plan erst im Laufe der Jahre seiner Herrschaft über Russland entstand oder zu seiner vollen Größe heranreifte. Wir wissen es nicht, vielleicht wird es niemals ans Licht kommen.

Unabhängig hiervon scheint es jedoch Fehleinschätzungen und auf diesen basierende Entwicklungen gegeben zu haben, die einen solchen Plan bzw. seine Umsetzung begünstigt haben. Natürlich weiß niemand, was passiert wäre, hätte sich die NATO nach der Auflösung des Warschauer Pakts ebenfalls aufgelöst, auf eine Erweiterung nach Osten verzichtet oder wenigstens deren Modalitäten im Rahmen der Möglichkeiten der NATO-Russland-Grundakte mit der russischen Seite besprochen. Dennoch ist bemerkenswert, wie wenig ganz offensichtlich in dieser Frage auf erklärte russische Befindlichkeiten Rücksicht genommen wurde. Und wenn es heute Stim-

men gibt, die der Auffassung sind, eine Aufnahme der Ukraine in die NATO 2008 oder kurz danach hätte den Ausbruch dieses aktuellen Krieges verhindert, so drängt sich mir nach dem Studium der in dieser Arbeit zu Rate gezogenen Quellen der Eindruck auf, dass es im Gegenteil in einem solchen Fall bereits dann zum Ausbruch eines Krieges gekommen wäre. Dabei hätte die russische Seite mit Sicherheit Mittel und Wege finden können, die Auslösung des „Bündnisfalles“ zu vermeiden – etwa indem sie den Angriff vor der formellen Aufnahme begonnen hätte.

Ausblick

Die Erklärung Wladimir Putins vom 24. Februar 2022 lässt diesen Angriff auf die Ukraine in einem Licht erscheinen, in dem ich ihn bis zur Lektüre derselben noch nicht gesehen habe. Bereits zuvor war mir – wenn auch auf eine sehr diffuse Weise – klar, dass die Ukraine nicht das eigentliche, nicht das letzte Ziel dieses Krieges ist. Ich teile die Auffassung, dass es nicht die Ukraine als solche ist, die Wladimir Putin fürchtet. Bereits sein Eingreifen in Belarus nach der dortigen Präsidentenwahl im Jahr 2020 hat überdeutlich gemacht, dass er die Etablierung „westlicher“ Werte, der Vorstellungen von Freiheit und Demokratie, fürchtet wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser. Zwar wird im Augenblick „nur“ die Ukraine angegriffen; aus seiner Kriegserklärung geht jedoch hervor, dass sich dieser Angriff ebenso gegen die von der Ukraine in seinen Augen „blind übernommenen“ Werte von Freiheit und Demokratie richtet. Das kann nur bedeuten, dass Wolodymyr Selenskyj mit seiner Einschätzung recht hat, im Falle einer Niederlage seines Landes werde Putin weitergehen, werde weitere Länder angreifen: zunächst Georgien (Teile dieses Landes hat er ja bereits unter Kontrolle), später (trotz NATO-Zugehörigkeit) die baltischen Länder – immerhin ehemalige Sowjetrepubliken –, noch später möglicherweise sogar Polen.

Der seinerzeitige Bundesverteidigungsminister Peter Struck hat Ende 2001 zur Rechtfertigung des Antrags der Bundesregierung, deutsche Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, vor dem Deutschen Bundestag erklärt, die Sicherheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt. Nun ist der Hindukusch einige Tausend Kilometer weiter von Deutschland entfernt als der Dnjepr, sodass ich mich seit dem 24. Februar 2022 immer wieder frage: Wenn die Sicherheit Deutschlands schon am Hindukusch verteidigt wurde, weshalb wird sie dann nicht am viel näher gelegenen Dnjepr ebenso verteidigt? Zur Begründung wird vorgetragen, die NATO wolle sich nicht in einen (direkten) Konflikt mit Russland begeben (okay, Putin hat für den Fall eines Eingreifens von wem auch immer zugunsten der Ukraine relativ unverhohlen mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht; also Vorsicht!). Doch zum einen ist die NATO mit ihren Waffenlieferungen an die Ukraine im Grunde längst Kriegspartei, und

da Herr Putin das Völkerrecht im Grunde nicht die Bohne interessiert, entscheidet er ganz allein, ab wann er das ebenso zu sehen gedenkt (diese Auffassung wird übrigens auch von Militärexperten geteilt). Und die gesamte Gemengelage lässt eigentlich nur den Schluss zu, dass die NATO über kurz oder lang – ob sie nun möchte oder nicht – nicht umhinkommen wird, Kriegspartei zu werden – mit allen Konsequenzen.

Mir ist voll bewusst, dass ich hier den Dritten Weltkrieg an die Wand male. Und mir ist ebenso bewusst, dass dieser möglicherweise mit dem Einsatz von Atomwaffen geführt werden würde. Aber zwischen dem Verhalten und dem Vorgehen, aber offensichtlich auch der Denkweise Wladimir Putins und Adolf Hitlers gibt es so viele schreckliche und frappierende Parallelen, dass ich schon das Schlimmste zu befürchten geneigt war, bevor der Angriff auf die Ukraine tatsächlich erfolgte. Eine Journalistin und Russland-Kennerin erklärte kurz nach Ausbruch des Krieges in einer „Maybrit-IIIner“-Sendung sinngemäß, Putin sei von einer Überlegenheit der slawischen Rasse überzeugt. Ich denke, dem ist nicht mehr viel hinzuzufügen...

Persönliche Schlussbemerkung

Folgende Klarstellung ist mir zum Abschluss dieser Darstellung wichtig: Ziel der dieser Zusammenstellung zugrundeliegenden Arbeit ist der Versuch zu verstehen, ob in der Vergangenheit liegende Umstände, Hintergründe und (weltpolitische) Entwicklungen das Zustandekommen des seit dem 24. Februar 2022 laufenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine begünstigt haben könnten. Es geht keinesfalls um einen Versuch der Rechtfertigung dieses Krieges, auch wenn hier Faktoren aufgezeigt werden, die bestimmte Positionen bzw. Narrative Putins zu rechtfertigen scheinen. Es handelt sich insofern um *Erklärungsversuche* für deren Zustandekommen. Ich betone ausdrücklich: *Dieser von Wladimir Putin begonnene Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen!* Nach dieser Klarstellung lässt sich die aus dieser Arbeit resultierende Erkenntnis wie folgt zusammenfassen: *Ja, es ist der Krieg des Wladimir Wladimirowitsch Putin – aber „der Westen“ hat für ihn treffliche Unterstützungsarbeit geleistet.*

Düsseldorf, den 20.04.2022